

ZU EINIGEN PROBLEMEN DER BESTIMMUNG DES GEGENWÄRTIGEN  
=====

GEWERKSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN BEWUSSTSEINS DER  
=====

ARBEITERKLASSE DER BRD 1)  
=====

Frank Deppe

I.

Die sozialwissenschaftliche Diskussion über das Arbeiter- und Klassenbewußtsein hat sich der BRD zunächst relativ lange mit der Kritik der bürgerlichen Bewußtseinsforschung und mit der Frage einer angemessenen materialistischen Formbestimmung des gesellschaftlichen Bewußtseins beschäftigt. Dabei ging es nicht nur um die Überwindung von Rückständen auf dem Gebiet der marxistischen Ideologietheorie wie der empirischen Forschung; zugleich waren Bedingungen zu reflektieren, die z.T. von allgemeiner Bedeutung für die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, z.T. von besonderer Bedeutung für die BRD sind. Zu diesen Voraussetzungen muß vor allem gerechnet werden: 1. eine - in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus - außergewöhnlich lange Periode relativer ökonomischer und politischer Stabilität; 2. die Dominanz Sozialpartnerschaftlich-integrationistischer Orientierungen in der Arbeiterbewegung - und 3. die schwache politische Position der kommunistischen Partei - eine Schwäche, die noch durch die langwährende Unterbrechung legaler kommunistischer Organisation und Propaganda seit 1933 verstärkt wird. Angesichts dieser Voraussetzungen - wobei die beiden letzten Punkte die besonderen Entwicklungsbedingungen der BRD charakterisieren - lag es nahe, daß die marxistische Diskussion über das gesellschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterklasse sich neben dem Nachweis des "Doppelcharakters" des Arbeiterbewußtseins 2) vor allem auf diejenigen Wirkungszusammenhänge konzentrierte, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein blockieren bzw. die für die Überlagerung der Klassenerfahrung durch bürgerliche Wertvorstellungen relevant sind.

Seit dem Ende der sechziger Jahre scheinen sich nun entscheidende Veränderungen vollzogen zu haben. Die Septemberstreiks 1969 leiteten - zunächst bis zum Streik im Bereich des öffentlichen Dienstes (1974) - einen neuen Prozeß gewerkschaftlicher Kämpfe

ein. 3) Diese Etappe zeichnet sich durch die folgenden Bestimmungen aus: Teile der Arbeiterklasse beginnen, ein kämpferisches, gewerkschaftliches Selbstbewußtsein zu entwickeln. Sie lernen, ihre Interessen im Kampf gegen die Profitinteressen durchsetzen. Gleichzeitig beschränken sich diese Auseinandersetzungen aber keineswegs auf Lohnkämpfe. Probleme der Arbeitsorganisation, der Abwehr der steigenden Arbeitsintensität und des Gesundheitsverschleißes, Probleme des Kampfes gegen die Auswirkungen der gerade zu dieser Zeit sich beschleunigenden Inflation, die Auseinandersetzungen um die staatliche Einkommenspolitik, schließlich auch Probleme gesellschaftspolitischer Reformen im Interesse der Lohnabhängigen (z.B. im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik) verbinden sich zeitweilig mit den Kämpfen um die Sicherung der unmittelbaren Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft und beeinflussen - auch vermittelt über den ideologischen Klassenkampf - die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Obgleich diese Phase einen wichtigen Einschnitt in der Gesamtentwicklung der BRD darstellt, so bleiben doch zunächst noch die Grundkonstellationen bestimmend, die den Zusammenhang von relativer kapitalistischer Stabilität und vorwiegend sozialpartnerschaftlich-integrationistischer Orientierung der Gewerkschaftspolitik in den vorangehenden Jahren geprägt hatten. Die Vorstellungen von der ungebrochenen Kontinuität wirtschaftlichen Wachstums und damit verbunden: die Vorstellungen von der kontinuierlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen durch Tarifpolitik und staatliche Reformen bilden einen relativ festen "Orientierungsrahmen". Sie vermitteln zugleich die Illusion, daß mit dem Antritt der Regierung der "sozialliberalen Koalition" ein "Machtwechsel" erfolgt sei, und binden damit die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen, vor allem aber der aktiven Gewerkschafter, noch fester an die Sozialdemokratie. Daß sich gerade in dieser Periode politische Differenzierungsprozesse in den Gewerkschaften weiter entwickeln, kann jedoch nicht verhindern, daß mit dem Übergang in die Krise seit 1974 zunächst einmal ein Rückschlag in der Entwicklung der Kampffähigkeit und des Bewußtseins der Arbeiterklasse erfolgt.

Trotz der wichtigen Entwicklung von Elementen des gewerkschaftlichen Selbstbewußtseins und der Kampferfahrung vollziehen sich demnach die entscheidenden Veränderungen in dieser Phase nicht auf der Ebene des Massenbewußtseins. Wichtiger scheint ein politischer Prozeß zu sein, dessen Tragweite möglicherweise erst in der Gegenwart in ersten Ansätzen faßbar wird. In dieser Periode neuer gewerkschaftlicher Kämpfe nach 1969, im Zusammenhang einer Aktivierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und einer Erweiterung des gesellschaftspolitischen Diskussionsspielraumes und insgesamt einer deutlicheren Politisierung auch der innenpolitischen Auseinandersetzungen (z.B. "Ostverträge", Mißtrauensvotum

1972, Auseinandersetzung um die Bildungspolitik) wächst - vor allem in den Gewerkschaften - eine neue Generation von Kadern der Arbeiterbewegung heran. Dieser "Generationsaspekt" ist schon deshalb von Bedeutung, als diese jungen Gewerkschafter in ihrer politischen Sozialisation nicht mehr durch die Niederlagen der Restaurationsperiode und der Zeit des "kalten Krieges", aber auch noch nicht, und: nicht mehr durch die "Wirtschaftswundermentalität" geprägt sind. Als Jugendvertreter haben sie vielfach Kontakt mit den Universitäten und dem Kampf der jungen Intelligenz; sie nehmen teil an den betrieblichen und überbetrieblichen Kämpfen dieser Jahre und werden darüber hinaus stark geprägt durch den Kampf der Gewerkschaftsjugend für die gesetzliche Reform der beruflichen Bildung. Hier müssen sie die politische Erfahrung machen, daß sich die Regierung - und vor allem die SPD - dem politischen Druck, der Erpressung und der ökonomischen Macht des Kapitals unterordnet.

Eine bedeutende Funktion kommt in diesem Prozeß auch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu. In einigen Gewerkschaften hat sie seit dem Ende der sechziger Jahre ihren Charakter grundlegend verändert. Sie ist zu einem wichtigen Faktor der Bewußtseinsbildung gewerkschaftlicher Kader (Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre) geworden, indem sie eine Vermittlung herstellt zwischen den unmittelbaren sozialen und betrieblichen Erfahrungen, den unmittelbaren gewerkschaftlichen Kampfzielen auf der einen und der Aneignung von theoretischem Wissen über den geschichtlichen Charakter dieser Gesellschaftsordnung als kapitalistische Klassengesellschaft, über die geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite. Die Reichweite dieses Prozesses ist gewiß kaum genau zu quantifizieren bzw. jetzt schon im Rahmen empirisch-soziologischer Studien zu erfassen. Gleichwohl bleiben jedoch bestimmte aktuelle Entwicklungen in den Klassenauseinandersetzungen und in der Gewerkschaftsbewegung völlig unverstündlich, wenn dieses Heranwachsen einer neuen Generation von aktiven und bewußten Kadern in der Gewerkschaftsbewegung übersehen wird. 4) Deren Vertreter sind heute längst keine Jugendvertreter mehr. Sie stellen schon einen erheblichen Anteil der Delegierten bei Gewerkschaftstagen; sie lösen allmählich gewerkschaftliche Funktionäre auf den unteren und mittleren Ebenen ab. Sie gehörten zu den organisierenden und treibenden Kräften bei den zurückliegenden Streikkämpfen - und (das kann vorerst nur eine Vermutung sein): Sie stellen einen erheblichen Teil der bei den Betriebsratswahlen dieses Jahres neu gewählten Betriebsräte. 5)

Und doch erfolgt - wie bereits angedeutet - mit dem Eintritt in die Krise ab 1974 zunächst ein Rückschlag in der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse der BRD. Für diejenigen, die schon die Kämpfe zwischen 1969 und 1974 als einen qualitativen Wandel im Bewußtsein und der

Kampfkraft der Arbeiterklasse interpretiert und dabei auch einzelne Aspekte betrieblicher und spontaner Kämpfe überschätzt hatten, mußte dieser Sachverhalt ernüchternd wirken. M. Schumann und K.P. Wittemann formulierten daher in diesem Sinne 1977 - auf der Grundlage von Interviews mit Werftarbeitern, die Ende 1976 durchgeführt worden waren - die Frage nach einer "rechten Tendenzwende" im Arbeiterbewußtsein. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise - besonders die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. die Angst vor Arbeitsplatzverlust - konzedierten sie, "daß zweifelsohne Momente kollektiven Bewußtseins gestärkt werden"; jedoch sei der "kollektive Mangel an Interpretationsfähigkeit der veränderten Situation das hervorstechende Merkmal des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter". Neben einem weit verbreiteten "Gefühl der Ohnmacht" stellten sie eine "Handlungsblockade" fest, "der gegenwärtig die Arbeiterbewegung insgesamt unterliegt. Dies Bewußtsein, den Krisenfolgen wehrlos ausgeliefert zu sein, wird aber auch nicht dadurch kompensiert, daß die Arbeiter individuelle Lösungsmöglichkeiten für sich sehen oder gar vorziehen würden; vielmehr sind eher Perspektiv- und Planlosigkeit vorherrschend; obwohl bei den meisten die Vorstellung von Arbeitslosigkeit - trotz von ihnen durchaus anerkannter sozialer Absicherung - eher deprimierend wirkt und den Charakter persönlichen Unglücks nur wenig eingebüßt hat." 6)

Zum Teil stimmen die Untersuchungsergebnisse des Westberliner Projektes von Bierbaum u.a. 7) hiermit überein. Sie ermittelten eine starke "Akzeptierung von konservativen und autoritären Lösungsformen" der Krise, eine Aktivierung der individuellen Leistungsorientierung sowie eine Hoffnung auf die baldige Überwindung der Krise durch die "Selbstheilungskräfte" des kapitalistischen Wirtschaftssystems. "Man hofft, daß die faktisch überlebte wirtschaftliche und soziale Konjunktur durch die auf die unverfälschte Marktwirtschaft orientierten Kräfte wieder hergestellt werden kann." 8) Die - aus gegenwärtiger Sicht - gewiß wichtigste Aussage dieser Untersuchung scheint jedoch die von der "Durchgangsform" vorherrschender Wert- und Verhaltensorientierungen zu sein. "Nach unserer Auffassung ist diese Aktivierung von bestimmten Wertorientierungen lediglich vorübergehender Natur. Anhand einer ganzen Reihe von Indikatoren läßt sich zeigen, daß vor allem bei an- und ungelernten Arbeitern sowie bei Facharbeitern dieses Hervortreten bestimmter Einstellungen selbst nur Zwischen- und Durchgangsform für eine realistische Einschätzung der bestehenden Sozialstruktur ist." Weiter heißt es: "Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, Lehrstellenknappheit etc. werden für traditionelle Gewerkschaftsforderungen - wie Recht auf Arbeit, Vollbeschäftigung und gesicherten Lebensabend - den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene Lösungsvorschläge entwickelt werden müssen. Arbeitsplatzsicherung und Reallohnsicherung werden gegenüber qualitativen Forderungen für eine verbesserte

Lebensqualität oder Humanisierung der Arbeitswelt an Gewicht in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung gewinnen." 9)

Diese letzte These gewinnt nun im Hinblick auf die Entwicklung zwischen 1976 und 1978 - besonders eben auf die Streikkämpfe dieses Jahres - ein hohes Maß an Plausibilität. Die Krise mußte zunächst eine gewisse Orientierungslosigkeit begünstigen, weil die vorangegangenen gewerkschaftlichen Aktionen und Programme eine Kontinuität kapitalistischen Wirtschaftswachstums - gleichsam unproblematisch - unterstellt hatten. Darüber hinaus verfügten die Gewerkschaften selbst - was vor allem bei 10. o. DGB-Kongreß, Hamburg 1975, deutlich wurde 10) - über keine strategische Konzeption des Kampfes gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse. Damit wurde sowohl die Orientierungslosigkeit als auch die illusionäre Hoffnung auf einen - gleichsam naturwüchsigen - bald wieder einsetzenden Wirtschaftsaufschwung noch verstärkt. Schließlich mußte sich auch die Schwäche der klassenbewußten politischen Organisationen der Arbeiterbewegung - namentlich der DKP, die zwar ihre Position in einigen Betrieben festigen konnte, aber nach wie vor zu schwach ist, um Masseneinfluß zu entfalten bzw. um schon die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiterklasse in politisch relevanter Weise zu beeinflussen - als ein Faktor erweisen, der die Tendenz zur Entsolidarisierung, Perspektivlosigkeit und - teilweise auch - Resignation noch beförderte.

Die gegenläufige Bewegung, die schon 1976 mit dem Druckerstreik einsetzte und die in diesem Jahr mit den Streiks im Druckereigewerbe und der Metallindustrie ihren ersten Höhepunkt erreichte, war zunächst auch ein Ergebnis der Infragestellung jener Illusionen, die noch zu Beginn der Krise vorgeherrscht hatten. Der gesellschaftliche Krisenprozeß selbst zwang zu der Erkenntnis, daß erstens mit der Entwicklung seit 1973/74 der Beginn einer längeren Stagnations- und Krisenperiode eingeleitet worden war und daß damit - im Vergleich zur langen Periode relativer kapitalistischer Prosperität und Stabilität - ein epochaler Wandel sich andeutete. Zweitens zwangen die Tatsachen zu der Einsicht, daß die - mit erheblichem propagandistischem Beiwerk angekündigten - wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Krise sich als untauglich erwiesen, um die großen sozialen Probleme - vor allem die Arbeitslosigkeit - zu lösen.

Dennoch wäre es falsch, die Korrektur solcher Illusionen lediglich als einen Reflex des Arbeiterbewußtseins auf die ökonomische Entwicklung zu begreifen. Diese erneute "Tendenzwende" kann vielmehr nur im Zusammenhang politisch-ideologischer Vermittlungen und Auseinandersetzungen richtig bestimmt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ist eine Situation entstanden, in der traditionell höchst erfolgreiche Integrationsstrategien und - Ideologien an Wirksamkeit einbüßen. Voraussetzung dieses Wandels ist in erster Linie die Bewegungsform des Widerspruchs von Lohn-

arbeit und Kapital. Der kapitalistische Krisenprozeß trägt den Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital politisch und ökonomisch an die Oberfläche der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Alle Konflikte um die unmittelbaren Reproduktionsinteressen des Kapitals wie der Arbeitskraft sind gegenwärtig nicht mehr bloße Verteilungskonflikte, sondern objektiv "Existenzkonflikte". In ihnen findet eine "Antinomie" statt: "Recht wider Recht" - und zwischen diesen beiden Rechten kann nur der Kampf entscheiden. Die Existenzsicherung des Kapitals - d.h. die Profitsicherung - verlangt weitere Arbeitsplatzvernichtung, Intensivierung der Arbeit, Dequalifikation der Arbeitskraft, Abbau sozialer Leistungen, die Schwächung der Gewerkschaften sowie die Einschränkung ihrer Handlungsautonomie - die Sicherung der durch die Arbeiterklasse der BRD in langen Kämpfen errungenen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, des Niveaus des "sozialen Besitzstandes", der gewerkschaftlichen Freiheiten - und das gilt um so mehr für die Erweiterung und Verbesserung dieser Bedingungen - verlangt eine entwickelte gewerkschaftliche Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft, verlangt die Fähigkeit und die Kraft, das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit im Betrieb wie in der Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse zu ändern, strukturelle Reformen durchzusetzen, die die ökonomische und politische Macht des Kapitals einschränken.

Der objektiv politische Kern dieser Interessensgegensätze wird jedoch nicht nur vermittelt über die offensiven Strategien des Kapitals in das Bewußtsein der Arbeiter aufgenommen. Entscheidend bleibt die Fähigkeit der bewußten gewerkschaftlichen und politisch organisierten Kader, in den Tageskämpfen, in der Formulierung der Forderungen, der programmatischen Ziele des Kampfes die Einsicht in den Klassencharakter dieses Grundkonfliktes zu entwickeln und voranzutreiben. Hierauf bezieht sich offenbar die Frage: Gibt es einen "Linksruck in der westdeutschen Arbeiterklasse?", die Heinz Jung gerade - gewiß provokativ überspitzt - aufgeworfen hat. Er macht mit Recht darauf aufmerksam, daß der "sogenannte soziale Konsens, wie er sich in der BRD in Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft und des Sozialintegrationismus herausgebildet hatte, brüchig geworden ist" - und daß für "das staatsmonopolistische System eine Lücke entstanden ist, die es nicht mehr voll unter Kontrolle nehmen kann". 11)

Es gibt in der Tat einige Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaften beginnen, diese Lücke theoretisch und praktisch auszufüllen: die zurückliegenden Streikkämpfe, die vergangenen Gewerkschaftskongresse (vom IGM-Gewerkschaftstag bis zum 11. o. DGB-Bundeskongreß), die Ergebnisse der Betriebsratswahlen (die freilich noch nicht vollständig ausgewertet sind) deuten an, daß in den Gewerkschaften der Einfluß derjenigen Kräfte wächst, die das lange vorherrschende Modell einer sozialpartnerschaftlich-integrationistischen Gewerkschaftspolitik in Frage zu stellen beginnen und die

diese Politik als Klassenpolitik begreifen.

Gleichwohl dürfen bei der Diskussion dieser Frage auch die entgegengerichteten Tendenzen nicht übersehen werden. Dabei fällt als erstes auf, daß der qualitativ neue Mobilisierungsprozeß in den Gewerkschaften keinen politisch sichtbaren und relevanten Ausdruck in einem wachsenden Einfluß der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung - hier natürlich vor allem der DKP - findet. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen hat es vielmehr empfindliche Rückschläge gegeben. Dagegen unternimmt die SPD erhebliche Anstrengungen, diese "Lücke" politisch auszufüllen und die Solidarisierung mit den Gewerkschaften für die Stabilisierung ihrer Funktion als System- und staatstragende Partei auszunutzen, um auf diese Weise auch einem möglichen Radikalisierungsprozeß in der Arbeiterklasse - gleichsam im Vorfeld - Schranken zu setzen. Darüber hinaus kann die Gegenbewegung in den Gewerkschaften selbst nicht übersehen werden. Sie erstreckt sich von der Handhabung der "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" in einigen Gewerkschaften über das gelegentlich laute Nachdenken über eine mögliche Erweiterung dieser Beschlüsse bis hin zu antikommunistischen Kampagnen gegen die Gewerkschaftsjugend und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Schließlich muß sehr genau die unterschiedliche Entwicklung zwischen den einzelnen Gewerkschaften beachtet werden; denn es wäre sicher ein verhängnisvoller Fehler, wenn die IG Druck und Papier - als eine der kleinen Gewerkschaften im DGB - mit der Gewerkschaftsbewegung identifiziert würde. 12)

Um diese Widersprüche etwas genauer zu erfassen, sollen in den nachfolgenden Abschnitten vor allem zwei Problemkomplexe behandelt werden: Der erste betrifft die Frage nach dem Charakter des "sozialen Konsensus", der sich in ganz spezifischer Weise in den fünfziger Jahren in der BRD herausgebildet und gefestigt hat. Mit der Behandlung dieser Frage soll zugleich der These nachgegangen werden, daß aufgrund dieses besonderen westdeutschen Herrschaftsmodells sich politische und soziale Wertvorstellungen verfestigt haben, deren Auflösung - auch unter den Bedingungen der Krise - nur in einem längeren Prozeß sozialer und politischer Kämpfe erfolgen kann. Der zweite Komplex betrifft die Frage nach dem Charakter der zurückliegenden gewerkschaftlichen Streikkämpfe, nach ihren politischen Inhalten. Diese Erörterung scheint schon deshalb wichtig, weil die konkreten politischen Bedingungen in der BRD - nämlich die Schwäche einer politischen Klassenorganisation der Arbeiter - der Gewerkschaftsbewegung ein besonderes politisches Gewicht verleihen.

## II.

Wir behandeln zunächst die historischen Bedingungen des spezifischen "Basiskonsensus" 13), des westdeutschen Herrschafts- und Hegemoniemodells, das sich in den fünfziger Jahren gefestigt hat

und das - gleichsam als historischer Ballast 14) - die Bedingungen der Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenaktion in der Gegenwart nach wie vor erschwert.

Mit dem Begriff der Restauration wird jene Epoche der gesellschaftlich-politischen Nachkriegsentwicklung charakterisiert, die etwa 1947/48 - mit dem Beginn des Kalten Krieges und dem Beschluß über die Gründung eines westdeutschen Separatstaates (Londoner Empfehlungen, Juni 1948) - einsetzte und deren Abschluß mit dem Eintritt der BRD in die NATO (1955) und dem Aufbau einer westdeutschen Armee datiert werden kann. In dieser Phase wurden - in einer scharfen Auseinandersetzung besonders mit den wirtschafts-demokratischen und sozialstaatlichen "Neuordnungs"-Vorstellungen der Arbeiterbewegung 15) - die grundlegenden Entscheidungen auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik durchgesetzt: die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Spaltung Deutschlands und die Einbeziehung der BRD in den von den USA geführten politisch-militärischen und wirtschaftlichen Block der "westlichen Welt".

Für die Entwicklung der sozialen Beziehungen und des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiterklasse dürfte entscheidend sein, daß der Erfolg der Restaurationspolitik - wie er am deutlichsten im eindrucksvollen Wahlsieg der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen im Jahre 1957 zum Ausdruck kam - mit der "Zähmung" und Integration jenes Oppositionspotentials einherging, das sich bis in die fünfziger Jahre hinein um das Programm einer demokratischen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und der deutschen Einheit gruppiert hatte. Die materielle Basis dafür bildete zweifellos der wirtschaftliche Aufschwung, das sog. "Wirtschaftswunder", das eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen auch der Lohnabhängigen mit sich brachte und das - obwohl es auf besonders günstigen Ausbeutungs- und Akkumulationsbedingungen für das Kapital beruhte - als eine Leistung der Wirtschaftspolitik der CDU/CSU erschien.

Dennoch kann die Entwicklung der vorherrschenden Strömungen im Massenbewußtsein, die zugleich auf die Bedingungen der Gewerkschaftspolitik zurückwirkte, keineswegs als ein unmittelbarer Reflex auf diese Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen begriffen werden. Der spezifische Typus bürgerlicher Hegemonie, der sich im "CDU-Staat" herausbildete, beruhte darüber hinaus wesentlich auf dem Erfolg einer klassenübergreifenden Ideologie- und Konsensbildung, die nicht nur das allgemeine politische Klima, sondern auch die konkreten Methoden der Politik gegenüber der Arbeiterbewegung - bis zum Ende der fünfziger Jahre immer noch ein mächtiges Oppositionspotential gegen den Restaurationskurs - definierte. Dieser Konsens war - und darin liegt die Spezifik der westdeutschen Entwicklung - mehr als eine politische Funktionalisierung der "Wirtschaftswunderideologie". Er konnte sich nur durch die Verschmelzung der "nationalen Frage"



mit dem Antikommunismus und schließlich auch allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik festigen.

Eine solche Synthese von Sozialpartnerschafts- und Wirtschaftswunderideologie, von Antikommunismus und "Wiedervereinigung" vermittelte in erster Linie die übergreifende Ideologie der "Volksgemeinschaft". In ihr faßten sich verschiedene Elemente der Tradition und der realen Erfahrung zusammen: zum einen die besondere Kontinuitätslinie reaktionärer Gesellschaftspolitik in Deutschland (von Bismarcks Sozialgesetzgebung bis zum Führer-Gefolgschaftsverhältnis unter dem Faschismus und den besonderen Varianten des deutschen Betriebspatriarchalismus); zum anderen eine integrationistische Interpretation des angeblich "gemeinschaftlichen Wiederaufbaus" der zerstörten und geschlagenen Heimat nach 1945. Schließlich waren diese Elemente der Volksgemeinschaftsideologie noch durchdrungen durch die reaktionäre "Wiedervereinigungsideologie" ("Befreiung der Brüder und Schwestern im Osten vom Joch der kommunistischen Diktatur"), d. h. durch die Politik des "Roll-Back" gegenüber dem Kommunismus (nach innen und außen) und insbesondere gegenüber der DDR.

Die Politik, die im Rahmen dieses Restaurationsmodells gegenüber den Gewerkschaften betrieben wurde, fügte sich nahtlos in diese übergreifende Konzeption ein. Auf der einen Seite wurden die Gewerkschaften und die Tarifautonomie prinzipiell anerkannt. Auf der anderen Seite aber wurden, um eine "Befestigung" der Gewerkschaften zu erreichen, die autonomen Handlungsspielräume der gesamten Arbeiterbewegung radikal - auch mit dem Instrumentarium administrativer Repression - eingeschränkt und abgebaut. Dazu gehörte nicht nur die Verfolgung der Kommunisten und das Verbot der KPD im Jahre 1956, sondern auch die massive Diskriminierung aller politischen Kräfte, die sich der herrschenden Ideologie widersetzen.

Als eine solche radikale Beschränkung der autonomen Machtpositionen und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften muß schließlich auch die Schwächung der Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 sowie durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zum Arbeitskampfrecht angesehen werden. Das Verbot des politischen Streiks, die Diskriminierung spontaner Arbeitsniederlegungen, die Anerkennung der Aussperrung als Instrument zur Herstellung von "Kampfparität" durch das Bundesarbeitsgericht - alle diese Beschränkungen begründen sich letztlich - vermittelt über den Oktroy des - Sozialadäquanzprinzips " - auf die arbeitsrechtliche Kodifizierung der Volksgemeinschaftsideologie. Sie bestätigen jedoch zugleich das Ausmaß an außerökonomischer Gewalt, das zur Einschränkung der Handlungsfreiheit der Arbeiterbewegung eingesetzt werden mußte. Erst auf dieser Grundlage der Beschränkung autonomer gewerkschaftlicher Handlungsspielräume gewinnt die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifautonomie ihre spezifisch politisch-

ideologische Funktion. In der gleichen Weise konnte auch der Erfolg einer Politik sozialer Zugeständnisse, der Anerkennung gewisser sozialer Rechte, die im CDU-Staat stets auch unter dem Gesichtspunkt des "Drucks aus dem Osten" und des "Drucks auf den Osten" betrieben wurde, nur unter der Voraussetzung gesichert werden, daß diese Handlungsgrenzen tatsächlich respektiert und eingehalten wurden. Hier lag der wirklich entscheidende, strategische Knotenpunkt für die westdeutsche Arbeiterbewegung der fünfziger Jahre, nachdem die großen gesellschaftspolitischen Anstrengungen um die "Neuordnung" bis 1952/53 gescheitert waren und zudem der Einfluß der Kommunisten ausgeschaltet wurde.

Der Wandel in der Politik der SPD, der schließlich mit der Verabschiedung des "Godesberger Programms" (1959) seinen offiziellen Ausdruck fand, aber auch der Wandel in der Programmatik und Politik der Gewerkschaften - vom ersten Aktionsprogramm (1955) bis zum "Düsseldorfer Grundsatzprogramm" (1963) - markiert in seiner Substanz die Anerkennung der durch den Erfolg der Restaurationspolitik letztlich vorgegebenen, engen Spielräume durch die sozialdemokratisch orientierte Mehrheit der westdeutschen Arbeiterbewegung. Um die schließliche, breite Verankerung dieses "Restaurationsmodells" im Massenbewußtsein - auch im Bewußtsein der überwiegenden Mehrheit der Lohnabhängigen - zu ermessen, genügt freilich der Hinweis auf die bloße Anerkennung bzw. Anpassung nicht. Der Widerspruch, der schon in der Nachkriegspolitik der SPD angelegt war (16), mußte sich nunmehr unter der Voraussetzung des Scheiterns der Neuordnungsprogramme vollends entfalten; denn - trotz ihrer zunächst alternativen gesellschafts- und außenpolitischen Vorstellungen gegenüber dem Block "bürgerlicher Parteien" - hatte der harte Antikommunismus der SPD-Führung selbst noch zur Zementierung jenes klassenübergreifenden Konsensus beigetragen, den sich die CDU/CSU schließlich auch in ihrer - teils zügellosen - Propaganda gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zunutze machen konnte.

Diese Tendenz mußte noch verstärkt werden, als dann DGB und SPD - seit etwa Mitte der fünfziger Jahre - dazu übergingen, den Einfluß marxistisch orientierter und linkssozialistischer Kräfte in den eigenen Reihen einzuschränken bzw. auszuschalten. Damit wurde die dominante Strömung in der Arbeiterbewegung der BRD - trotz der zahlreichen Konflikte, in die sie immer wieder mit den restaurativen Kräften geriet - selbst noch zu einem aktiven Element bei der Konsolidierung jenes Modells bürgerlicher Herrschaft, das sich in der Kontinuität der neueren deutschen Geschichte ebenso wie unter dem Einfluß des Kalten Krieges und der Spaltung Deutschlands, und schließlich unter dem Einfluß der außergewöhnlich günstigen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen des internationalen kapitalistischen Systems nach 1948/49 herausgebildet hatte.

Die "Befestigung" bzw. Integration der Arbeiterbewegung ent-

spricht diesem Prozeß der Formierung eines Typs bürgerlicher Hegemonie, deren Durchsetzung nicht nur auf Zwang, sondern auch auf Konsensus beruhte. Sie reflektiert selbst noch die partielle Anerkennung und Verinnerlichung der Volksgemeinschaftsideologie und -politik, die nicht nur im Hinblick auf die Bewahrung des inneren "sozialen Friedens", sondern ebenso auf die Bewahrung der illusionären "deutschen Einheit" jegliche Form des kämpferischen Ausdrags antagonistischer Interessenkonflikte mit schärfsten Sanktionen bedrohte. In keinem anderen westeuropäischen Land (mit Ausnahme der faschistisch beherrschten Staaten) ist es - trotz der unterschiedlichen Traditionen, programmatischen Konzeptionen und auch der Organisationsstrukturen der je nationalen Gewerkschaftsbewegungen - gelungen, ein der BRD vergleichbares Modell der gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Integration und der "Befestigung" der Gewerkschaftsbewegung, damit auch der Zerstörung der sozialen und geschichtlichen Identität der Arbeiterbewegung, zu etablieren.

Die Grundstrukturen dieses Modells sind bis in die Gegenwart wirksam geblieben, obwohl es inzwischen offensichtlich in eine Krise geraten ist. Durch die Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung seit 1966 wurde zwar dem Sachverhalt Rechnung getragen, daß die Überwindung der bis dahin akkumulierten Widersprüche der inneren und äußeren Entwicklung eine Erweiterung der Herrschaftsbasis und zugleich die Anwendung neuer Methoden der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen "Globalsteuerung" notwendig machte. Freilich wurde nunmehr - vor allem seit dem Regierungsantritt der ersten Regierung der "sozialliberalen Koalition" (1969) - die Politik der Krisenbewältigung mit dem Versprechen der Einlösung gesellschaftspolitischer Reformprogramme verbunden, wie sie auch von den Gewerkschaften formuliert worden waren. Gleichwohl war damit - trotz einer scheinbar grundlegenden Veränderung der politischen Machtkonstellationen - der Inhalt des "Restaurationsmodells" nicht entscheidend modifiziert: denn die Einbeziehung der Sozialdemokratie wie von Teilen der Gewerkschaftsführung in den Staat mußte Elemente eines illusionären - Staatsbewußtseins " in der Arbeiterbewegung wie im Bewußtsein der Arbeiterklasse zunächst noch verstärken. Die Reformpolitik fiel in den Zuständigkeitsbereich einer Regierung, die vorab die "Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl" als bestimmendes Handlungskriterium festlegte und damit noch die Tendenz beförderte, die Politik gesellschaftspolitischer Reformen aus der Sphäre des unmittelbaren Gegensatzes der sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen von Kapital und Arbeit gleichsam abzukoppeln.

Als sich jedoch - als Reaktion auf die verstärkten Krisenprozesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aber auch als Reaktion auf die Enttäuschung über die sozialdemokratische Regierungspolitik - seit 1972 allmählich eine neue autonome Ebene des gewerk-

schaftlichen Kampfes um die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung herausbildete, begann die wirkliche Krise jenes spezifisch westdeutschen "Herrschaftsmodells", das sich mit dem Sieg der Restauration etabliert hatte. Daher geht die Bedeutung der Streikaktionen des Jahres 1978 weit über ihren unmittelbaren Anlaß und ihre Ergebnisse hinaus; denn sie markieren einen Bruch in einem langen geschichtlichen Prozeß.

Zum Schluß dieses Abschnittes sei noch einmal knapp auf die Funktion dieser - gewiß sehr groben - historisch-politischen Analyse eingegangen. Es handelt sich dabei um einen ersten Versuch, diejenigen Faktoren zu bestimmen, die die Umsetzung der unmittelbaren Erfahrung von Grundstrukturen der kapitalistischen Klassengesellschaft und ihres Krisencharakters in das gesellschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterklasse beeinflussen. Unsere These war, daß sich aufgrund dieses besonderen westdeutschen "Herrschaftsmodells" und "Hegemonietypus" politische und soziale Wertvorstellungen verfestigt haben, deren Auflösung - auch unter den Bedingungen der Krise - nur in einem längeren Prozeß der Klassenkämpfe, in einem Prozeß des Lernens und der Organisierung überwunden werden kann.

Damit soll und kann nicht das - in letzter Instanz" bestimmende Moment, die Entwicklung der materiell gesellschaftlichen Verhältnisse, des ökonomischen Reproduktionsprozesses selbst, für die Analyse des Arbeiterbewußtseins gleichsam außer Kraft gesetzt werden. Vielmehr geht es darum, zu einer konkreteren - und damit politischen - Bestimmung der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins zu gelangen. Die Politik der Arbeiterbewegung - das sollten gerade die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zwischen 1929 und 1933 unterstreichen - wird scheitern müssen, wenn sie sich darauf beschränken wollte, den Prozeß der Einsicht der Arbeiter in den Klassen- und Krisencharakter der kapitalistischen Produktionsweise und in die Notwendigkeit des Kampfes für eine revolutionäre Umwälzung dieser Produktionsweise lediglich - abzukürzen". In schweren Krisenperioden - zumal dann, wenn diesen eine lange Periode relativer kapitalistischer Prosperität und Stabilität sowie der Zurückdrängung des Einflusses der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung vorausgegangen ist - erfolgt kein spontaner Umschwung im Massenbewußtsein hin zu einer Politik qualitativer Veränderungen des existierenden sozialökonomischen und politischen Systems. Vielmehr dominiert zunächst - auch gefördert durch die massierten Anstrengungen der herrschenden Ideologieapparate - Angst und Verunsicherung. Die "Reorientierung" aufzurückliegende, "bessere Zeiten", die Angst vor einer qualitativen Veränderung, die möglicherweise die in der vorangegangenen Periode errungenen sozialen und politischen Erfolge in Frage stellen könnte, die - historisch vermittelte - Unfähigkeit, Alternativen

zur herrschenden Politik zu erkennen und als richtig und notwendig anzuerkennen, die partielle Hinwendung zu politischen Kräften, die die Rückkehr zu Ruhe, Ordnung und Wohlstand propagieren - all dies folgt zunächst auch spontan aus jener Angst und Verunsicherung.

Und eben in einer solchen Situation erfolgt auch die Aktivierung von sozialen und politischen Wertvorstellungen, die sich in zurückliegenden Stabilitätsperioden verfestigt haben, und die sich gerade dadurch auszeichnen, daß sie keinen unmittelbaren Reflex der jeweiligen ökonomischen Erfahrungen darstellen. Dies zu erkennen und in der praktischen Politik zu berücksichtigen, stellt eine wesentliche Aufgabe für die Arbeiterbewegung dar - insbesondere für die Bestimmung der wesentlichen Inhalte des ideologischen Kampfes, dem für die Entwicklung des Arbeiter- und Klassenbewußtseins stets eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Im Feuilleton der FAZ (7.6.1978, S. 25) wurden vor kurzem die Berichte ausländischer Journalisten über die BRD kommentiert: "Diese undefinierbare 'Angst' im ökonomisch erfolgreichsten westlichen Land sei die Grundstimmung, so schloß auch eine Deutschland-Analyse der Times, und Angst als sozialpsychologischer Faktor der Arbeitswelt ermittelte vor einiger Zeit ein bekanntes westdeutsches Umfrageinstitut." Zweifellos kann diese Angst als ein Produkt des Widerspruchs zwischen der Erkenntnis, daß "nichts mehr so sein wird wie vor 1973" (Helmut Schmidt), und der Perspektiv- und Alternativlosigkeit in bezug auf die Möglichkeiten einer qualitativen Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die Krisen hervorbringen, gelten. Die Analyse dieses Widerspruchs scheint auch deshalb wichtig, weil die reaktionären Kräfte und Ideologien die Ausnutzung und Vertiefung dieser diffusen "Angst" schon längst in den Mittelpunkt ihrer politischen Strategien gestellt haben (Terrorismus, Antikommunismus, "Bedrohung aus dem Osten" als Legitimation für forcierte Rüstungsanstrengungen u.a.m.). 17)

### III.

Die Frage nach dem politischen Charakter der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wie des gewerkschaftlichen Kampfes im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird oft mit dem allgemeinen - und daher wenig erhellenden - Hinweis auf die engere Verflechtung und Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterbewegung in der Gegenwart beantwortet. Demgegenüber blenden einige neuere Gewerkschaftsanalysen, die in der Tradition einer eher syndikalistischen Interpretation der Gewerkschaftstheorie von Marx und Engels stehen 18), die Bedeutung der staatlichen Eingriffe in den Reproduktionsprozeß von Kapital und Arbeit, die Bedeutung der Staatstätigkeit für die Realisierung der allgemeinen Interessen des Monopolkapitals, systematisch aus und tendie-

ren dazu, die politische Qualität gewerkschaftlicher Kämpfe auf die betriebliche Ebene, auf die Konfrontation der Arbeiter mit der Macht des Einzelkapitals - wie sie sich in der Beherrschung des Arbeits- und Verwertungsprozesses, der Investitionsentscheidung und der Gestaltung der Produktivkraftentwicklung, der Beherrschung der Arbeitsorganisation und schließlich der Fremdbestimmung des Arbeitsprozesses manifestiert - zu reduzieren. Solche Überlegungen übersehen aber den Sachverhalt, daß sich das Feld gewerkschaftlicher Tätigkeit in der Tat erheblich erweitert und verändert hat. Die Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft ebenso wie die Sicherung und Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte kann sich längst nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der Konfrontation von Kapital und Arbeit im Betrieb oder in einem Wirtschaftszweig vollziehen. Die notwendigen Interventionen des Staates in den Reproduktionsprozeß des Kapitals und der Arbeitskraft sind einerseits Resultat des widersprüchlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, wie er in der Herausbildung des Monopols und in der ökonomischen Tätigkeit des Staates in der gegenwärtigen Epoche kapitalistischer Entwicklung seinen Ausdruck gefunden hat. Andererseits sind diese ein Ergebnis der Klassenauseinandersetzungen; denn die Erweiterung der staatlichen Sicherung der allgemeinen Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse (z.B. Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Wohnungsbedingungen) folgt nicht abstrakt aus der sich über den Staat verallgemeinernden Logik des Kapitalinteresses. Solche Maßnahmen müssen dem bürgerlichen Staat vielmehr in langen und immer wieder zu erneuernden Kämpfen - vor allem der Gewerkschaften - abgerungen werden. Die Staatstätigkeit muß also dem Vergesellschaftungsgrad und dem inneren ökonomischen und politischen Widerspruchspotential im staatsmonopolistischen Kapitalismus Rechnung tragen; und hieraus folgt objektiv eine Politisierung (und zugleich: eine Tendenz zur Autonomisierung) der gewerkschaftlichen Politik. In allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten ist heute die Lohnentwicklung - und damit auch die "Lohnpolitik" - zu einem zentralen Parameter wirtschaftspolitischer Strategien geworden. Die Auseinandersetzungen um sozialpolitische Maßnahmen sowie um die Erweiterung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen und der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeiterklasse hat in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einen wichtigen Stellenwert.

Zugleich tritt mit dem Übergang zur Krise der politische Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes noch offener zutage: Indem die materiellen Voraussetzungen einer über die Staatstätigkeit vermittelten Integration der Arbeiterbewegung durch die Krise in Frage gestellt werden und die Kapitalstrategien sich eindeutig auf eine Politik der Einschränkung des Lohnniveaus, der staatlichen Sozialleistungen sowie der gewerkschaftlichen Handlungsfrei-

heiten richten, gewinnt schon der gewerkschaftliche Kampf um die Verteidigung vormals errungener Rechte und Erfolge die Dimension eines allgemeinen Klassenkonflikts; denn jeder Schritt in Richtung einer solchen Sicherung und zur Erweiterung von Rechten wirft notwendig grundlegende Probleme der "gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet" und grundlegende Probleme einer qualitativen Neuorientierung der staatlichen Politik auf. 19)

Die Beziehungen zwischen ökonomischem Reproduktionsprozeß und Staatstätigkeit wirken auch auf die Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiter ein. In zahlreichen neueren empirischen Untersuchungen ist eine hohe Erwartung gegenüber den Sicherungsfunktionen des Staates, der Regierungspolitik, in bezug auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherheit und Preisstabilität ermittelt worden. Gleichzeitig kennen wir aufgrund dieser Untersuchungen auch ein spezifisches Merkmal des "Doppelcharakters" des politischen Bewußtseins der Arbeiter. Auf der einen Seite wird die Einsicht artikuliert, daß der existierende Staat nicht der Staat der arbeitenden Menschen sei, daß "die da unten" "da oben" nichts zu sagen haben. Im gleichen Atemzuge formulieren die Arbeiter jedoch ihr hohes Maß an Zufriedenheit mit den real existierenden politischen Verhältnissen, der Form des politischen Systems als bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Nach unserer Überzeugung ist es falsch, solche Erwartungen an den Staat als illusionäre Ausprägungen des "Staatsfetischismus" oder der "Sozialstaatsillusion" zu klassifizieren. Wir haben diese Erwartungen vielmehr als "Keimformen eines politischen Bewußtseins" bestimmt, "das die richtige Erkenntnis in sich aufgenommen hat, daß die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft gegenwärtig nicht mehr ausschließlich auf der Ebene des Austausches von Lohnarbeit und Kapital... gewährleistet werden können... mit anderen Worten: Die Erwartung, daß der Staat für die allgemeinen Voraussetzungen der Reproduktion Verantwortung trage, ist prinzipiell eine richtige bewußtseinsmäßige Umsetzung der Tendenz zur Vergesellschaftung - und damit auch zur politisch-staatlichen Vermittlung - des Warencharakters der Arbeitskraft." 20)

Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß diese Interpretation jedoch differenziert werden. Diese Erwartungen können nur insofern als Keimformen politischen Bewußtseins begriffen werden, als sie in der praktischen Auseinandersetzung mit der staatlichen Politik - z.B. in einer breiten Mobilisierung und außerparlamentarischen Aktivität für die Durchsetzung der alternativen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften - entwickelt werden. 21) Illusionär müssen solche Erwartungen so lange bleiben, als sie sich als eine passive Erwartung gegenüber der Tätigkeit des Staates darstellen, indem sich in einer solchen passiven Erwartung - besonders an die sozialdemokratische Regie-

rungepolitik - selbst noch die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre als die Trennung der Interessen des "Staates" und der Arbeiterklasse reproduziert. Unter solchen Voraussetzungen können diese Erwartungen dann auch die Grundlage für eine politische Mobilisierungsstrategie zugunsten von reaktionären und autoritären Lösungen der Krise der Gesellschaft und ihres Staates bilden; denn es ist ja gerade die "Law and Order"-Politik der Strauß und Dregger, die immer wieder darauf abzielt, diese passive "Staatsfixierung", wie sie durch die lange Dominanz der Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung begünstigt worden ist, anzusprechen.

Bei der Analyse der jüngsten gewerkschaftlichen Streikkämpfe kann gewiß nicht auf dieser Ebene der Bestimmung des "Staatsbewußtseins" der Arbeiter und seiner politischen Relevanz angesetzt werden. Ansatzpunkt für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und Kampffähigkeit ist gegenwärtig vielmehr die Orientierung "auf die eigene Kraft" 22), die Durchsetzung von Forderungen nach Arbeitsplatz- und Lohnsicherung im Betrieb bzw. im Wirtschaftszweig, der Kampf um Nahziele, die durch tarifvertragliche Regelungen erreicht werden können.

Zwei Gesichtspunkte sollten bei der Charakterisierung dieser Kämpfe hervorgehoben werden. Erstens: ihr zunächst defensiver Charakter. Es geht in diesen Auseinandersetzungen um die Verteidigung von Arbeitsplätzen, um die Verteidigung von Qualifikationen, um die Verteidigung von Sozialleistungen und um die Abwehr von Reallohnsenkungen. Dieser Wandel im Charakter der gewerkschaftlichen Forderungen, der selbst die kapitalistische Krise zur Voraussetzung hat - wird wohl am ehesten zu verdeutlichen sein, wenn der Inhalt des "Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung neuer Techniken" (IG Druck und Papier) sowie des "Tarifvertrages zur Sicherung der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung" (IG Metall) mit den Inhalten und Zielen der Diskussion über die "Humanisierung der Arbeit" verglichen wird, wie sie in den Gewerkschaften vor 1974 geführt wurde.

Der zweite Gesichtspunkt soll mit dem Problem der "Segmentierung der Arbeiterklasse" umschrieben werden. Dabei handelt es sich nicht um eine besonders originelle bzw. ausschließlich auf die gegenwärtigen Kämpfe bezogene Erkenntnis, sondern um ein allgemeines Problem gewerkschaftlicher Organisation und Kampffähigkeit und insbesondere der Beziehungen zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Klassenbewußtsein der Arbeiter. "Segmentierung" bezeichnet zunächst den Sachverhalt, daß die Arbeiterklasse aus verschiedenen Gruppen und Schichten zusammengesetzt ist (z.B. Berufs- und Qualifikationsgruppen, Lohngruppen, Männer und Frauen, Verteilung nach Produktionsformen, Betriebsgrößen, Regionen, Altersgruppe u.a.m.), deren soziale Erfahrung nicht identisch ist. Diese Gruppen sind z.T. in sehr unterschied-



licher Weise von den Auswirkungen der Krise und der Arbeitsplatzvernichtung durch die Einführung "neuer Techniken" betroffen - und: sie sind z.T. auch sehr unterschiedlich in den Gewerkschaften organisiert. Solche Segmentierungen - zumal die neuen Segmentierungsformen, die durch die Krise hervorgebracht werden (die einfachste dieser Formen ist die Teilung von Beschäftigten und Arbeitslosen) - bilden auch die Basis für Entsolidarisierungsprozesse und für einen spezifischen Typus der interfraktionellen Klassenkonkurrenz, die besonders in Krisenperioden aktualisiert wird.

Beide Momente - sowohl der defensive Charakter der Kämpfe als auch die Problematik der "Segmentierung der Arbeiterklasse" - bestimmen wesentlich die s p o n t a n e Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und begünstigen dabei korporativistische Denk- und Verhaltensmuster, also: ständische Elemente des Bewußtseins und des Kampfes. Dabei muß noch gesehen werden, daß die Organisationsstruktur des DGB selbst - wesentlich das Verhältnis der weitgehend autonomen Industriegewerkschaften zum DGB, das Verhältnis der Einzelgewerkschaften untereinander (große und kleine Gewerkschaften), das Verhältnis von Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes - noch als objektive Voraussetzung solche korporativistischen bzw. ständischen Reaktionsweisen unterstützt und reproduziert. 23)

Die Überwindung korporativistischer Denk- und Verhaltensmuster, wie sie durch den defensiven Charakter rein gewerkschaftlicher Kämpfe und durch die intrafraktionelle Klassenkonkurrenz spontan produziert werden, ist stets eine der zentralen Aufgaben der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung gewesen. Man kann sagen, daß die Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft immer auch von dieser Problematik beherrscht worden sind. Dabei geht es im Kern darum, - eine politische Bewegung" zu entwickeln, "d.h. eine B e w e g u n g d e r K l a s s e, um ihre Interessen durchzusetzen i n a l l g e m e i n e r F o r m, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt". 24) W.I. Lenin hat gerade bei der Bestimmung des "trade-unionistischen" und des politischen "Klassenbewußtseins" die besondere - im Unterschied zur allgemeinen - Form des ökonomisch-gewerkschaftlichen Kampfes hervorgehoben: "Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein beruflicher Kampf, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die Verbesserung dieser Bedingungen nach Berufen... geführt werden muß." 25) Eben diesen Gedanken hat der italienische Marxist Antonio Gramsci aufgegriffen, als er die Notwendigkeit der Überwindung des Korporatismus als eine wesentliche Aufgabe der politi-

schen Arbeiterbewegung, als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der ideologischen und politischen "Hegemonie" der Arbeiterklasse betonte:

"Keine Massenaktion ist möglich, wenn die Masse selbst nicht überzeugt ist von den Zielen, die sie erreichen will, und von den anzuwendenden Methoden. Um als Klasse herrschen zu können, muß das Proletariat alle zünftlerischen Überreste, alle Vorurteile oder Einschläge syndikalistischer Art abstreifen. Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß nicht nur die zwischen den einzelnen Berufen bestehenden Unterschiede überwunden werden müssen, sondern daß die Arbeiterklasse, um das Vertrauen und die Billigung ihrer Haltung durch die Bauern und gewisse halbproletarische Schichten der städtischen Bevölkerung zu gewinnen, manche Vorurteile und egoistische Tendenzen überwinden muß, die in ihr bestehen können und auch tatsächlich bestehen, auch wenn der Berufspartikularismus in ihren eigenen Reihen verschwunden ist. Der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter usw. müssen nicht mehr nur als Proletarier, als Metallarbeiter, als Holzarbeiter, als Bauarbeiter usw. denken, sondern sie müssen noch einen Schritt weitergehen. Sie müssen als Mitglieder einer Klasse denken, die die Bauern und die Intellektuellen führen will, einer Klasse, die nur dann siegen und den Sozialismus aufbauen kann, wenn die große Mehrheit dieser sozialen Schichten sie unterstützt und ihr folgt." 26)

Eine der Hauptaufgaben gewerkschaftlicher Politik besteht derzeit zweifellos darin, solche korporativistischen Tendenzen zu überwinden, d.h. in den praktischen Kämpfen darauf hinzuwirken, daß sich die sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen der Lohnabhängigen nicht nur als die Interessen einer Betriebsbelegschaft, als die Interessen einer Berufsgruppe, sondern in - allgemeiner Form" geltend machen. Mit einer solchen Politik können sowohl der defensive Charakter der Kämpfe als auch die Auswirkungen der "Segmentierung der Arbeiterklasse" aufgelöst werden.

Was heißt das, wenn nicht abstrakte Maßstäbe an die Entwicklung des Bewußtseins und der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse der BRD angelegt werden? Zunächst wird es darauf ankommen, den exemplarischen Charakter der betrieblichen und noch auf einzelne Branchen beschränkten Kämpfe um Arbeitsplatz- und Lohnsicherung herauszuarbeiten und allgemein verständlich werden zu lassen. Das heißt: Der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Dequalifikation und Lohnsenkung durch die Einführung neuer Technologien und durch Rationalisierungsmaßnahmen, die am Kapitalprofit orientiert sind, steht erst in seinen Anfängen. Die Einführung "neuer Techniken" in anderen Wirtschaftsbereichen hat erst begonnen. Insofern haben die Kämpfe im Bereich der Druck- und Metallindustrie einen stellvertretenden und antizipierenden Charakter im Interesse der Gesamtheit der Lohnabhängigen.

Im Zusammenhang der Verallgemeinerung und Vereinheitlichung dieser Kampferfahrungen durch die Gewerkschaftspolitik wird sich schon bei der Umsetzung der Tarifverträge in die betriebliche Praxis - notwendig die Einsicht entwickeln, daß Erfolge nur erungen und gesichert werden können, wenn die Macht des Kapitals über zentrale Entscheidungsbereiche wie die Investitionen und die betriebliche Arbeits- und Produktionsplanung eingeschränkt wird, d. h. wenn Elemente einer Kontrolle der Lohnabhängigen über diese Entscheidungsmacht des Kapitals durchgesetzt werden.

Darüber hinaus muß der Kampfstrategie des Kapitals, vor allem der Aussperrung, eine solidarische und einheitliche Reaktion der gesamten Gewerkschaftsbewegung entgegengestellt werden. Auch hier geht es darum, den exemplarischen Charakter solcher Kampfmaßnahmen umzusetzen in eine allgemeine Auseinandersetzung um die demokratischen Rechte der Gewerkschaften, um die Sicherung und Erweiterung des Spielraumes der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen.

Schließlich muß der Kampf um die Verwirklichung der Forderung "Recht auf Arbeit" in die praktischen Auseinandersetzungen einbezogen werden - und zwar nicht nur in die Tarifaueinandersetzungen, sondern auch in die Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik. Hier liegt die besondere Bedeutung der Entwicklung von konkreten und realisierbaren Alternativprogrammen gegenüber der herrschenden Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die schwierigste Aufgabe besteht freilich darin, autonome, gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten und -Perspektiven für die Durchsetzung solcher Programme zu entwickeln.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, in den aktuellen Kämpfen den Prozeß der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen der Lohnabhängigen theoretisch und praktisch voranzutreiben, hat nichts zu tun mit einer Vernachlässigung oder einer Geringschätzung der Kampffähigkeit von Belegschaften oder von Einzelgewerkschaften. Im Gegenteil: die Entwicklung dieser Kampffähigkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Aufgaben.

Wenn jedoch der Bruch mit dem für die Entwicklung der BRD charakteristischen "Basiskonsensmodell" vollendet werden soll, wenn die Elemente der Defensive und des Korporatismus in den aktuellen Kämpfen überwunden werden sollen und wenn schließlich in diesen Kämpfen auch die Position der politischen Organisation der Arbeiterklasse gestärkt werden soll, dann erscheint es als eine zentrale Aufgabe gewerkschaftlicher Klassenpolitik, auf diese Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen wie der Kampfziele hinzuwirken.

---

1) Überarbeiteter Einleitungsbeitrag für das Kolloquium des IMSF "Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein" vom 17. /18. Juni

1978.

- 2) Vgl. F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, bes. S. 113.
- 3) Vgl. u.a. K. Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik, 1966-1974, Frankfurt/Main 1975.
- 4) Es sei ausdrücklich betont, daß mit diesen Hinweisen keineswegs die materialistische Konzeption des gesellschaftlichen Bewußtseins "auf den Kopf" gestellt werden soll. Vielmehr beziehen sie sich auf die Frage nach der organisierten und bewußten Vermittlung und politischen Intetptetation von Entwicklungen des Massenbewußtseins. Der Nachweis allgemeiner Prozesse der "Auflösung bürgerlicher Wertvorstellungen", als Reflex der qualitativen Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsptozesses, der die Gestalt von "Durchgangsformen" eines widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins (Wahrnehmung der spezifisch kapitalistischen Ungleichheit - Anerkennung sozialpartnerschaftlicher Lösungsformen der Krise) annimmt, reicht nach unserer Auffassung nicht aus, um den Zusammenhang zwischen der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und der Politik der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu bestimmen. Ob und wie sich Erfahrungen kapitalistischer Krisenprozesse in das Bewußtsein, die Organisation und die Kampffähigkeit relevanter Teile der Klasse umsetzen, hängt nicht nur von einem objektiven "Naturprozeß" der kapitalistischen Produktionsweise, sondern von der Existenz und der Praxis bewußter Kerne der Arbeiterbewegung, d.h. von ihrer Fähigkeit ab, diese Erfahrungen mit der Einsicht in die Notwendigkeit einer Interessenvertretung im Kampf gegen das Kapital und für qualitative Veränderungen dieser kapitalistischen Produktionsweise praktisch zu verbinden.
- 5) Es kann natürlich mehr unterstellt werden, daß diese Gruppe automatisch zum Träger einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik wird. Auch die Entwicklung dieser Gruppe wird noch durch politischen Druck von rechts (von innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften), die beruflichen und politischen Karriereerwartungen, die ihrerseits Anpassung voraussetzen, durch Frustration und Resignation beeinflußt werden. Dennoch handelt es sich um ein für die neuere Gewerkschaftsentwicklung wichtiges Phänomen.
- 6) M. Schumann/K. P. Wittemann, Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein?, in: Frankfurter Hefte, 41 1977, S. 69 ff, hier S. 73/74.
- 7) Ch. Bierbaum u.a., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Frankfurt/M.-Köln 1977.
- 8) Ch. Bierbaum u.a., Trend zum Konservativen? Ergebnisse einer Untersuchung von Bewußtsein und politischen Einstellungen der Arbeitnehmer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1977, S. 431 ff.. hier S. 435.
- 9) Ebenda, S. 436.
- 10) Vgl. F. Deppe, Anmerkungen zum 10. Bundeskongreß des DGB in Hamburg, in: frontal, Oktober/November 1975, S. 19 ff.

- 11) H. Jung, Linksruck in der westdeutschen Arbeiterklasse?, in: frontal, Nr. 3/1978, S. 19 ff.
- 12) Bei einer genaueren Untersuchung der neueren Gewerkschaftsentwicklung müßte u. a. der Frage nachgegangen werden, ob nicht in der jüngsten Zeit wiederum eine Veränderung der Rolle der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖTV, DPG und GEW vor allem) festzustellen ist. Während diese Gewerkschaften in den gesellschaftspolitischen Reformdiskussionen Anfang der siebziger Jahre, zum Teil auch in den Tarifauseinandersetzungen eine besonders aktive Rolle spielten, scheint sich nunmehr das Zentrum gewerkschaftspolitischer Aktivität mehr zu den Industriegewerkschaften hin zu verschieben. Offensichtlich muß in diesem Zusammenhang die Bewußtseinsentwicklung und die Interessenslage der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genauer untersucht werden.
- 13) Vgl. auch H. W. Schmollinger/R. Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (I), in: Prokla, Heft 25, Nr. 4/1976, S. 15 ff., bes. S. 19 ff.
- 14) "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden." K. Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels. Werke Bd. 8, S. 115.
- 15) Vgl. dazu ausführlich F. Deppe, Der Deutsche Gewerkschaftsbund (1949-1965), in, ders. u.a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 320 ff.
- 16) Vgl. dazu neuerdings E. Ott, Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978.
- 17) Der "Erfolg" - i.e. die Massenwirksamkeit - des Hitler-Buches (wie des Filmes) von J.C. Fest wird u.a. darin zu sehen sein, daß hier - und darin liegt einer der wichtigsten politisch-ideologischen Gegenwartsbezüge - der Faschismus als das Produkt eines epochalen Angstsyndroms (Angst vor sozialer Verunsicherung und Krise, vor der Zerstörung traditionaler Wertsysteme, Angst vor der "Modernität" und Angst vor dem Kommunismus) erklärt werden soll.
- 18) So z.B. für die Gewerkschaftstheorie: R. Zoll, Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie, Frankfurt/M. 1976; für die Gewerkschaftspolitik in der BRD: J. Bergmann u. a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/M.-Köln 1975.
- 19) Wir können diese Überlegungen hier nicht im Detail weiter verfolgen und begründen; als Vorüberlegung zu dieser Thematik vgl. H. Asseln/F. Deppe, Die "Staatsfrage" und die Strategie der Arbeiterbewegung, in Probleme der materialistischen Staatstheorie, Staat und Monopole (II), Argument, Sonderband 16. Berlin (West) 1977, S. 84 ff., bes. 110 ff.
- 20) F. Deppe, Zur theoretischen und empirischen Analyse des

"Staatsbewußtseins" der Arbeiter, in: K. H. Braun/K. Holzkamp (Hrsg.), Kritische Psychologie, Bd. 2, Köln 1977, S. 420 ff., hier S. 430/431

21) Die "Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" (Juli 1977) enthalten z.B. solche alternativen Vorstellungen. Solange freilich die Umsetzung solcher Vorschläge in die gewerkschaftspolitische Praxis offenbleibt, muß auch ihre Funktion zweifelhaft bleiben. Für die Klassengewerkschaften anderer westeuropäischer Länder (z.B. die italienische CGIL oder die französische CGT) ist es schon seit langem selbstverständlich, daß sie ihren Forderungen, die sich auf die Wirtschaftspolitik bzw. auf andere Bereiche staatlicher Tätigkeit richten, durch angemessene gewerkschaftliche Aktionsformen (z. B. durch den Generalstreik) Nachdruck verleihen.

22) Vgl. H.O. Vetter, Grundsatzreferat, 11. o. DGB-Kongreß, Hamburg 1978, vervielf. Man., S. 10/11.

23) In diesem Zusammenhang kann auch besser die Diskussion verstanden werden, die unmittelbar nach 1945 über die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft geführt wurde. Die Mehrzahl der Gewerkschafter sprach sich zunächst für die Organisationsform der "zentralisierten Einheitsgewerkschaft" aus. In dieser sollten die Einzelgewerkschaften lediglich den Status von Abteilungen des Bundes haben. Diese Form sollte auch den Erfahrungen der Niederlage gegenüber dem Faschismus Rechnung tragen, indem nunmehr eine einheitliche und gesamtgesellschaftlich und -politisch handlungsfähige und schlagkräftige Organisation geschaffen werden sollte. Unter dem Druck der Westalliierten - aber auch unter dem Druck rechtssozialdemokratischer Gewerkschafter, die den Einfluß der Kommunisten möglichst gering halten wollten - setzte sich dann aber schnell das Konzept der relativ autonomen Industriegewerkschaften, die unter dem Dach des DGB zusammengeschlossen sind, durch. Vgl. dazu A. Weiß-Hartmann, Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945"1949, Marburg 1977, bes. S. 40 ff.

24) K. Marx, Brief an F. Bolte, 23. 11. 1871, in: Marx/Engels, Werke Bd. 33, S. 332/333.

25) W.I. Lenin, Was tun?, in: ders., Ausgewählte Werke, Band I, Berlin 1964, S. 139 ff., hier S. 194.

26) A. Gramsci, Die süditalienische Frage, Berlin 1955, S. 14/15.